

Ute Bernhardt

## Soziale Herausforderungen durch das Internet

**Der Wechsel zur Industriegesellschaft brachte die so genannte soziale Frage und neue Ansätze in der Politik.**

**Der Wandel zur Informationsgesellschaft hat erste, bislang jedoch eher unzureichende sozialpolitische Reaktionen hervorgerufen. Für eine wirkliche Überwindung der digitalen Spaltung der Gesellschaft fehlen Geld, Konzepte und politischer Wille.**

- Es sind die kleinen Details, die ein Signet für den Umbruch in unserer Gesellschaft darstellen. Wenn mit Booz, Allen & Hamilton eine der bedeutendsten internationalen Unternehmensberatungen im Auftrag von über 90 der größten IT (Informations-Technik)-Unternehmen Deutschlands ebenso wie die Regierungen der USA, Großbritanniens und Deutschlands vor der drohenden digitalen Spaltung der Gesellschaft warnen, dann ist dies kein Ausdruck für eine neue globale soziale Initiative, sondern das Charakteristikum der Informationsgesellschaft: die Bildung völlig neuer Allianzen.

Was bringt Sozialdemokraten und Unternehmensberater dazu, eine soziale Ungleichentwicklung zu ihrem Thema zu machen? Und dies ausgerechnet auch noch in einem Gebiet, das zum Kern der New Economy gehört, in der jeder seines Glückes eigener Schmied ist?

Unabhängig von den Motiven sind verschiedene Analysen aus unterschiedlicher Quelle mittlerweile zu einer weitgehend übereinstimmenden Lagebewertung gekommen. Die Informations- und Kommunikationstechnologie ist die Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts und auf absehbare Zeit auch einer der größten Wachstumsmärkte. World Wide Web und Internet sind die Oberfläche einer grenzenlosen Vernetzung von Produktionsstätten, Distributoren und Kunden. Netzbasierte Dienste und Technologien wälzen Arbeiten und Wirtschaften in der postindustriellen Ökonomie und Gesellschaft auf fundamentale Weise um. Die Effizienzgewinne durch den intelligenten Einsatz von Informationstechnik (IT) machen eine Verweigerungshaltung für Unternehmen zur Existenzbedrohung. Gleichermaßen ist auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr gefragt, wer nicht über die notwendigen Fähigkeiten im Umgang mit IT verfügt.

Elektronischer Handel, elektronische Rathäuser, virtuelle Universitäten und digitale Demokratie weiten die Anforderungen an die IT-Kompetenz auf jede Bürgerin und jeden Bürger in den hoch entwickelten Industrienationen aus. Die IT, versinnbildlicht durch das Internet als zentrale Infrastruktur, berührt alle Bereiche des menschlichen Lebens in zunehmend entscheidendem Maße.

Die Entwicklung der Informationsgesellschaft ist heute so weit gediehen, dass es nicht mehr darum geht, Nischen zu erhalten. Genau wie der Wandel im 19. Jahrhundert zur Industriegesellschaft, so stellt uns auch der Wandel zur Informationsgesellschaft vor die »Soziale Frage«, nur diesmal auf anderer Ebene: Heute geht es nicht um die Verteilung der Zugewinne einer neuen Gesellschaftsform wie in der Industriegesellschaft, sondern um die prinzipielle Teilhabe an der Informationsgesellschaft. Der Riss durch die Gesellschaft zieht sich entlang der Spaltung information-reich und -poor oder den information-haves und -have-nots.

Zu Beginn des Jahres 2000 machte in Deutschland eine Aktion den Zusammenhang von Internet und Arbeitsplätzen schlagartig klar. Um den Mangel an inländischen IT-Spezialisten zu beheben, startete die deutsche Bundesregierung eine Aktion zur befristeten Anwerbung ausländischer Computerexperten. Gesucht waren

**»Die Aktion machte den Zusammenhang von Internet und Arbeitsplätzen schlagartig klar.«**

Fachleute vor allem aus Indien, einem Land, das gleichzeitig Entwicklungshilfe bezieht und High-Tech-Arbeitskräfte exportiert und das seine Basis an High-Tech-Arbeitskräften durch arbeitsteilige Programmierung via Internet entwickelt hat. Damit hatte Indien die Bedeutung von IT für die zukünftigen Arbeitsmärkte besser zu nutzen verstanden als all jene, aus deren Argumenten der Glaube sprach, dass sich Qualifikation durch Fremdenfeindlichkeit ersetzen ließe.

Der Kern des Problems ist bereits in den zentralen Begriffen Information und Wissen erklärt. In der Industriegesellschaft wurden von den Industriearbeitern neue Kenntnisse und Fähigkeiten verlangt, für die sie erst ausgebildet

werden mussten. Kern der Informations- oder Wissensgesellschaft ist nicht nur das Verständnis einer neuen Technologie, sondern der Einsatz in unterschiedlichsten Anwendungsgebieten auf möglichst effiziente Weise. Zum entscheidenden Erfolgsfaktor wird multidisziplinäres, hoch qualifiziertes Wissen.

Strukturelle Voraussetzung zur Teilhabe an der Informationsgesellschaft ist damit Qualifikation. Doch selbst von jenen 20 Prozent der Bundesbürger, die an einer Qualifikationsmaßnahme

**»Der Kern des Problems ist in den Begriffen Information und Wissen erklärt.«**

teilnehmen, lernt heute nur ein Bruchteil Kompetenzen für die Informationsgesellschaft. Die private Aneignung von Kompetenzen scheitert in der Breite an den Kosten für Computer und Netzzugang sowie an dem dafür notwendigen Zeitaufwand. Die Geschwindigkeit des Wandels zur Informationsgesellschaft lässt keine Zeit für den Umbau schwerfälliger gesellschaftlicher Institutionen. Die Entwicklung von alternativen Ansätzen ist jedoch auch nicht weit gediehen.

**Entwicklung der digitalen Kluft**

● Ebenso wie die Begriffspaare information-reich und -poor oder -haves und -have-nots stammt der Begriff »Digital Divide« – digitale Kluft – aus den USA. Dort bezeichnete er zu Anfang den Unterschied zwischen denjenigen, die Zugang zu Informationstechnologien haben, und denjenigen, die keinen haben.

Die umfangreiche, im Auftrag des US-amerikanischen Wirtschaftsministeriums erstellte Studie der National Telecommunications and Information Administration (NTIA) »Falling

through the Net: Defining the Digital Divide«<sup>1</sup> kommt als Dritte in einer mehrjährigen Reihe von Studien zu dem Ergebnis, dass die Kommunikation über Internet und Telefon in US-Haushalten so groß ist wie nie zuvor. Mittlerweile verfügen in den USA über 60 Prozent, in Deutschland über 40 Prozent der Bevölkerung über Computer und Internetzugang.

Paradoxerweise wuchs mit der Zunahme der Nutzung das soziale Ungleichgewicht. Faktoren wie Einkommen, Hautfarbe und Bildung wirken sich auf die Teilhabe an der Informationsgesellschaft aus. Unterdurchschnittlich beteiligen sich Schwarze und Hispanics am Internet, Unterschiede gibt es ebenfalls in Bezug auf Alter und Geschlecht. Diese Effekte wirken kumulativ: Alleinerziehende schwarze Mütter sind in besonders hohem Maße technikfern.

Aus den Analysen folgte seit einiger Zeit schon ein Bündel von Maßnahmen. Abgeleitet wurden aus diesen Befunden in den USA die »e-rate«, die Verbilligung der Zugangskosten für

*»Einrichtung öffentlicher  
Internetzugänge in Schulen,  
Bibliotheken und  
Nachbarschaftszentren.«*

Bildungseinrichtungen auf der Basis des »universal service«, und die Einrichtung öffentlicher Internetzugänge in Schulen, Bibliotheken, aber auch in Nachbarschaftszentren von sozialen Brennpunkten.

Doch immer noch ist in den USA der typische Internetnutzer weiß, männlich, gebildet und wohlhabend. »Digital Divide« ist heute wesentlich umfassender zu sehen. Ein breiteres Verständnis bezeichnet die Ressourcen und das Training, die zum kompetenten Umgang mit Informationstechnik befähigen.

Durch den Einsatz von IT werden also die existierenden Unterschiede in puncto Einkommen und Bildung größer, wird die soziale Kohärenz hoch entwickelter Gesellschaften gefährdet.

## Digitaler Sozialstaat?

● In Deutschland sieht es dagegen noch etwas anders aus. Untersuchungen wie in den USA gibt es nicht. Politische Papiere unter diesem Titel werden hierzulande von IT-Unternehmen publiziert.<sup>2</sup> Deren Motivlage ist nahe liegend: Wenn sich IT-Unternehmen beklagen, dass sich 21 Millionen Bundesbürger – knapp über ein Viertel – »dem Internet verweigern«, steht die Suche nach Maßnahmen im Mittelpunkt, mit denen die sich abzeichnenden Marktgrenzen zu überwinden sind.

Hinter der Frage von Marktgrenzen im Internet steckt das Verständnis, dass das Internet die Infrastruktur darstellt für eine Vielzahl von Aktivitäten aus allen Lebensbereichen, deren Benutzung privat zu finanzieren ist. Wie bei einer Mautstelle steht nun zwischen Bürgerinnen und Bürgern einerseits und Verwaltung, Bank oder Arbeitsplatz andererseits der Internetanbieter mit einer kostenpflichtigen Dienstleistung. Dies ist so lange kein soziales Problem, wie ausreichende Alternativen existieren. Doch die Entwicklungsrichtung ist derzeit unbestimmt.

Der öffentliche Zugang zu Computer und Internet stellt die Grundvoraussetzung für eine Teilhabe dar. Dafür fehlt es allerdings an wesentlichen Voraussetzungen. Das Internet wird zwar als Telekommunikationsdienstleistung verstanden, aber es wird zugleich von wichtigen Auflagen ausgenommen. Anders als das Telefon, für das nicht nur Sozialhilferegulungen gelten, sondern in den wichtigsten westlichen Ländern

auch die Pflicht der Betreiber zum Anschluss von Kunden besteht, können sich Internetprovider ihre Kunden aussuchen. Bei der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes in Deutschland wurde von der Mehrheit des Parlaments die Verquickung von Anschlusspflicht und Internet abgewiesen. Das Internet als Element der Grundversorgung konnte sich in Deutschland nicht etablieren.

Abgelehnt wurde damit die Übertragung des »e-rate«-Modells der USA. Dort ist der »universal service« Voraussetzung für den Anschluss abgelegener Gebiete an das Telefonnetz, zugleich

**»Das Internet als Element der Grundversorgung konnte sich nicht etablieren.«**

aber Basis für die Internetanbindung von Schulen und anderen öffentlichen Bildungseinrichtungen. Nach Aussagen des US Department of Education wäre die Internetanbindung der Schulen in den USA ohne die Pflicht zur kostengünstigen Versorgung der Schulen niemals so weit gediehen. In Deutschland änderte sich diese Haltung erst, nachdem 1998 nur 35% der bundesdeutschen Schulen am Internet einer Quote von über 80% in den USA gegenüberstanden. Als Marketingaktion schließt nun die Deutsche Telekom alle deutschen Schulen ans Netz an.

Damit erwies sich die US-Politik als weit-sichtiger. Durch ihre Erfahrungen und den Vorsprung bei der Entwicklung einer Internetökonomie war in den USA schon früher erkennbar, in welchem Maße IT und Internet die Lebensgrundlagen verändern. Die Überlegung ist einfach: Wer mit PC und Internet nicht umgehen kann, hat heute und erst recht in Zukunft keine echten Chancen auf dem Arbeitsmarkt mehr und kann damit für seinen Lebensunterhalt immer weniger sorgen.

Bis zu einem wirklichen Zugang für die Allgemeinheit ist es aber noch ein langer Weg. Eines der wenigen Beispiele ist das Modellvorhaben »Media@kom« in Bremen. In mehreren

**»Modellvorhaben »Media@kom« in Bremen«**

Stufen entsteht ein kommunales Bürgerinformationssystem, das sich nicht als digitale Hochglanzbroschüre versteht, sondern das von Informationskiosken für alle Bürgerinnen und Bürger und damit von der Nutzungsseite her strukturiert ist.

Die Situation sieht selbst in den europäischen Nachbarländern nicht viel anders aus, die in der Internetnutzung so weit oder sogar weiter als Deutschland sind. Die britische Regierung fördert zur Vermeidung einer digitalen Spaltung öffentliche Internetzugänge in Pubs.<sup>3</sup> In Finnland hinkt die Internetnutzung dem Mobiltelefoneinsatz hinterher.<sup>4</sup> Schweden verzeichnet zwar die höchste PC-Dichte pro Einwohner und betrachtet Schulen als grundlegende Motivationsstätten für die Internetnutzung, lässt aber offen, wie diejenigen zu motivieren sind, die nicht vom herkömmlichen Bildungssystem erreicht werden.<sup>5</sup> In den Niederlanden werden immerhin die Defizite einer offiziellen Untersuchung der digita-

**»Schweden verzeichnet die höchste PC-Dichte pro Einwohner.«**

len Kluft ebenso gesehen, wie die Effekte einer Nutzung von IT am Arbeitsplatz auf den Einsatz zu Hause und die determinierenden Faktoren Alter, Geschlecht, Ausbildung und Einkommen. Anders als in anderen Länderstudien heben die Niederländer die Kosten der IT-Anschaffung und -Nutzung besonders hervor.<sup>6</sup>

## Schlussfolgerungen

- Die individuelle Aneignung von Medienkompetenz wird in allen hoch entwickelten Ländern als Voraussetzung für den Übergang in eine Informationsgesellschaft gesehen. Die Bekämpfung des »Digital Divide« dient damit gleichermaßen drei Zielen: der Entwicklung von Märkten, der Gewinnung von Arbeitskräften und der Erhaltung der sozialen Stabilität der Gesellschaft.

In den USA und in Europa ist der Lösungsansatz derselbe: öffentlicher Zugang in Bibliotheken und Schulen, Bildungsprogramme und Werbemaßnahmen für einzelne Zielgruppen aus unterrepräsentierten Bevölkerungsschichten. Im Kern ist das Ziel aller Maßnahmen die Aneignung

*»Nur in geringem Maße spielt die soziale Frage im herkömmlichen Sinne eine Rolle.«*

von IT-Kompetenz durch die breitere Nutzung von Computern und Internet. Nur in geringem Maße spielt die soziale Frage im herkömmlichen Sinne eine Rolle, die da lautet: Wie sollen sich arme Bevölkerungsschichten einen PC und Internetanschluss leisten?

Zwei Beispiele machen die Pfade deutlich. Mit dem Telefon wurde die Kommunikation einfacher. Gleichzeitig war das Telefon preiswert genug, um für die Masse der Bevölkerung erschwinglich zu sein. Für Empfänger von Sozialhilfe gehört zumindest eine Erreichbarkeit per Telefon zum sozialstaatlichen Prinzip.

Nach der Einführung des Girokontos gehört das Einkaufen zu den letzten großen Bastionen von Bargeldtransaktionen. Binnen weniger Jahre verschwand so gut wie jede Möglichkeit wichtiger Geldtransaktionen ohne die Bank. Die Zahlung von Gehalt, Miete, selbst die von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe läuft heute über das

Girokonto. Weil die Banken nicht verpflichtet sind, Kunden mit geringem Umsatz anzunehmen, führte die Kündigung von Girokonten mittelalterlicher Zeitgenossen durch einige Banken vor etwa drei Jahren in Deutschland zu der Diskussion, ob es einen gesetzlichen Anspruch auf ein Girokonto geben müsse. Abgewendet wurde dies bislang durch eine Selbstverpflichtung der Banken, keine soziale Ausgrenzung zu betreiben.

Die Verhinderung der digitalen Spaltung erfordert schon deswegen neue Ansätze, weil im Gegensatz zu Telefon und Girokonto die Kosten für Beschaffung und Nutzung von IT wesentlich größer sind und gleichzeitig Nutzungskompetenzen voraussetzen, die das bisher von Alltagsgegenständen gewohnte Maß übersteigen.

Ein sozialstaatliches Modell wie beim Telefon scheitert bei der Übertragung auf Computer an deren Preis. Ein Selbstverpflichtungsmodell wie beim Girokonto scheitert an der notwendigen IT-Nutzungskompetenz, die kein Serviceangebot ausgleichen kann. Wer die Informationsgesellschaft für alle propagiert, müsste konsequenterweise allen Bedürftigen einen PC

*»Ein sozialstaatliches Modell wie beim Telefon scheitert bei der Übertragung auf Computer am Preis.«*

kostenlos zur Verfügung stellen und die erforderlichen Kompetenzen vermitteln. Derartige Ansätze sind weder finanzierbar noch politisch durchsetzbar.

Solange aber diese digitale Kluft nicht in letzter Konsequenz angegangen wird, bleibt es bei einer digitalen Spaltung zwischen den Promotoren der Informationsgesellschaft in Wirtschaft und Politik einerseits und den Bürgerinnen und Bürgern andererseits. Während Wirtschaft und Politik ein Wettrennen um die beste Aus-

gangsposition auf dem Weg in die Informationsgesellschaft zwischen verschiedenen Nationen austragen, verweigern sich signifikante Teile der Bevölkerung diesem Wettbewerb. Studien von staatlicher und Unternehmensseite zur digitalen Spaltung haben die Mobilisierung dieser »Verweigerer« zum Ziel. Effektive Hilfen für wirklich Bedürftige oder eine sozial orientierte Bildungspolitik für die Informationsgesellschaft sind dagegen nicht als Ziel auszumachen.

Der Wert der Analysen einer sich entwickelnden digitalen Spaltung liegt darin, auf soziale Probleme der nahen Zukunft aufmerksam zu machen. Die bisherigen Lösungsansätze werden diesem Problem jedoch nicht gerecht. Die Folgerung daraus kann nur sein, dass die sozialen Spannungen zunehmen werden.

Gesellschaftliche Umbrüche wie das Heranziehen der Industriegesellschaft haben neue Initiativen hervorgebracht, die teilweise aus der Selbstorganisation der Betroffenen erwachsen sind. Die heutigen sozialdemokratischen Parteien sind hervorgegangen aus Arbeiterbildungs-

vereinen, die das Lernen für eine neue Gesellschaftsform politisch und kulturell entwickelt haben. Lernen für die Informationsgesellschaft – und damit heute lebenslanges Lernen – findet schon statt als informelle Privatangelegenheit unter Bekannten und Kollegen, aber allein bezogen auf technische Fertigkeiten. In dem Maße, wie der IT-Einsatz die Gesellschaft tiefgreifend ver-

»neue Initiativen aus der Selbstorganisation der Betroffenen«

ändert, wird sich diesen informellen Lernprozessen eine politische Sichtweise hinzugesellen. Ob diese Sichtweise durch die Verlierer der Entwicklung oder durch eine sozial verträgliche Perspektive bestimmt werden wird, ist offen.

Die nach dem Befund einer wachsenden digitalen Kluft ergriffenen Maßnahmen sind kaum tauglich zum Ausgleich von Ungleichgewichten. Die entscheidende Rolle kommt nun jenen zu, die der Informationsgesellschaft eine demokratische und soziale Richtung geben wollen.

<sup>1</sup> Falling through the Net: Defining the Digital Divide; <http://www.ntia.doc.gov/ntiahome/digitaldivide/>  
<sup>2</sup> Digitale Spaltung in Deutschland. <http://www.i-d21.de>

<sup>3</sup> James Stewart, The Digital Divide in the UK: A Review of Quantitative Indicators and Public Policies. <http://www.stepping-stones.de>  
<sup>4</sup> Juha Nurmela/Marja-Liisa Viherra, Communication

Capability is an Intrinsic Determinant for the Information Society, ebd.  
<sup>5</sup> Towards a Swedish Information Society for All, ebd.

<sup>6</sup> Paul Windrum/Simone de Jong, Internet Access in The Netherlands. Themes and Issues, ebd.